

„Gemeinschaftsschule ermöglichen“

Die Antworten der SPD

1. Prioritäten

Welches sind die wichtigsten Schwerpunkte Ihrer Bildungspolitik, die Sie im Falle Ihrer Wahl sofort umsetzen würden?

Die SPD will die beste Bildung für alle. Deshalb muss ein Bildungssystem so ausgerichtet sein, dass es flexibel und durchlässig ist. Gleichzeitig muss es für die unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten von Kindern und Jugendlichen die richtigen Rahmenbedingungen geben, um Folgendes zu erreichen:

- Jedes Kind muss optimal gefördert werden.
- Jedes Kind muss optimale Leistungen einbringen können.

Die SPD ist ausdrücklich nicht der Meinung, dass dann automatisch jedes Kind den gleichen Schulabschluss erreichen kann und wird. Deshalb wollen wir für alle Schülerinnen und Schüler das Abitur nach 12 und nach 13 Jahren offen halten und das **Turbo-Abitur** entsprechend reformieren, bzw. den Kommunen und den Eltern vor Ort auch hier die Wahlmöglichkeiten eröffnen.

Das gegliederte Schulsystem lässt viele Bildungspotenziale ungenutzt. Wissenschaftlich erwiesen ist, dass der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufgebrochen werden kann, wenn Kinder die Chance haben, länger gemeinsam zu lernen. Dies will die SPD in Kooperation mit Kommunen und Eltern umgehend ermöglichen und die zahlreichen lokalen Initiativen durch Regierungshandeln unterstützen und nicht behindern, wie es die schwarz-gelbe Landesregierung tut. Deshalb setzt die SPD auf die Gemeinschaftsschule als Schule der Zukunft.

Integration ausbauen und Inklusion verwirklichen ist ein weiteres wichtiges Ziel. Die SPD setzt auf das Prinzip der Inklusion, damit Behinderte und nicht behinderte Schülerinnen und Schüler selbstverständlich gemeinsam lernen.

Auf die große Nachfrage nach Ganztagsplätzen an unseren Schulen muss reagiert werden. Die SPD will das Recht auf Ganztag.

Die SPD will einen Stufenplan für kleine Klassen umsetzen. Mittelfristiges Ziel sind Klassen, die nicht mehr als 25 Schülerinnen und Schüler haben.

Die SPD will, dass der Elternwille wieder zählt. Dazu passen keine verbindlichen Grundschulempfehlungen und kein Prognoseunterricht für die Kleinsten.

Die SPD befürwortet, dass das Arbeits- und Sozialverhalten dokumentiert wird. Das Beurteilen des Arbeits- und Sozialverhaltens durch Kopfnoten ist allerdings kontraproduktiv. Schulen handhaben die Beurteilung mittels Kopfnoten sehr unterschiedlich. Da Kopfnoten zurzeit auch auf Abschlusszeugnissen vorgeschrieben sind, ist diese – eher willkürliche – Handhabung kein Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit.

Schülerinnen und Schüler sollen in der Schulkonferenz gleichberechtigt an den Entscheidungen beteiligt werden, deshalb wollen wir die Drittelparität wieder einführen.

Die Kommunen sollen selbst darüber entscheiden können, ob sie Grundschulbezirke einrichten.



Ute Schäfer ist am 22. März 1954 in Lage geboren. Nach ihrem Studium in Münster und Bielefeld war sie bis 1996 Lehrerin und Konrektorin an lip-pischen Grund- und Hauptschulen. Danach war sie Geschäftsführerin des SPD-Bezirks Ostwestfalen-Lippe bis 2000.

1982 trat Frau Schäfer in die SPD ein. Seit 2000 ist sie Landtagsabgeordnete. Von 2002 bis 2005 war sie Ministerin für Schule, Jugend und Kinder des Landes NRW. Ute Schäfer ist seit 2005 stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und bildungspolitische Sprecherin. Sie ist außerdem stellvertretende Vorsitzende der NRW-SPD. Seit Dez. 2009 ist sie auch Mitglied im WDR-Rundfunkrat.

Die Diffamierung der Gesamtschule muss beendet, Neugründungen konstruktiv begleitet und die Ganztagsform wieder ermöglicht werden.

2. Schulstruktur

2.1 Hält Ihre Partei Veränderungen

an dem bestehenden Schulsystem für unverzichtbar?

Ja! Mit dem gegenwärtigen Schulsystem sind soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und eine hohe Bildungsbeteiligung nicht zu erreichen. Zudem stellt uns die Wissensgesellschaft von heute vor Herausforderungen, denen wir nicht mit den Antworten von gestern begegnen können. Auch erfordert die demografische Entwicklung einen Umbau unseres Schulsystems, weil anders ein wohnortnahes Schulangebot nicht gesichert werden kann. Im Zusammenhang mit der Frage sei auch der Hamburger Bürgermeister Ole von Beust (CDU) zitiert: „Das Thema Bildung als solches beschäftigt mich schon seit 30 Jahren. Ich war ja mal Vorsitzender der Schülerunion und glühender Verfechter der Dreigliedrigkeit des Schulsystems. Je länger ich mich mit dem Thema befasse, und das ging schon lange vor schwarz-grün los, umso mehr bin ich der Überzeugung, dass unser jetziges System falsch ist. Dieser alte bildungspolitische Ansatz, wonach es drei Grundtypen gibt – den handwerklich Begabten mit wenig Intellekt für die Hauptschule, den mäßig handwerklich Begabten mit mehr Intellekt, der auf die Realschule geht, und den wenig handwerklich begabten, aber dafür sehr intelligenten Schüler, der Abitur macht – diese Dreiteilung ist Ausdruck veralteten, ständischen Denkens. Das passt nicht mehr in die Zeit.“ (Süddeutsche Zeitung, 7. Januar 2010)

2.2 Wird Ihre Partei eine gemeinsame Schule für alle Schüler bis zum Ende der Klasse 10 oder bis zu einer anderen Klassenstufe einführen und das Gymnasium in seiner jetzigen Form verändern oder abschaffen?

Die SPD will die Gemeinschaftsschule ermöglichen, die folgenden Prinzipien folgt: Die Gemeinschaftsschule nimmt die Kinder nach der Grundschule auf

und ist bis zur Klasse 10 für deren Bildungserfolg verantwortlich. Am Ende der Klasse 10 können alle Schulabschlüsse der Sekundarstufe I erreicht werden. In den Klassen 5 und 6 findet für alle Kinder ein gemeinsamer Unterricht statt. Ab Klasse 7 oder später wird nach gemeinsamer Entscheidung der Schule, des Schulträgers und der Eltern entweder ein vollständig integrierter Unterricht weitergeführt oder eine Differenzierung, beispielsweise in Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialklassen, vorgenommen. Die Gemeinschaftsschule hat eine gemeinsame Schulleitung und ein gemeinsames Kollegium. Bei der Gestaltung der Gemeinschaftsschule sind pragmatische, orts- und stadtteilgenaue Lösungen notwendig. Die SPD will, dass die konkrete Ausgestaltung der inneren Organisation eine gemeinsame Entscheidung der Schulen, der Schulträger und der Eltern ist. In jeder Gemeinschaftsschule wird demnach ortsnah und flexibel – ganz nach den Bedürfnissen der Schüler, Eltern, Lehrer und der Schulträger – über die innere Ausgestaltung entschieden. Wenn es vor Ort so beschlossen wird, dann wird es zum Beispiel gymnasiale und Realschulklassen geben.

2.3 Wird Ihre Partei im Falle einer Regierungskoalition die Einführung der Einheitsschule als Bedingung eines Koalitionspartners erfüllen?

Der SPD ist keine Partei bekannt, die eine Einheitsschule fordert.

2.4 Wird Ihre Partei Verbundschulen unterstützen?

Mit der Verabschiedung des rot-grünen Schulgesetzes im Jahr 2005 wurde erstmals die Verbundschule ermöglicht. Die Kommunalen Spitzenverbände unterstützen dies ausdrücklich. Ebenso kritisierte z. B. der Städtetag NRW die starke Einschränkung der Verbundschulmöglichkeiten durch die Schulgesetznovelle von CDU und FDP.

Die SPD sieht die Notwendigkeit, deutlich über die bisherigen schulrechtlichen Möglichkeiten hinauszugehen und die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen zu ermöglichen. Dies entspricht im Übrigen auch der Bedürfnislage vieler Schulträger, die Gemeinschaftsschulen einrichten wollen, was aber von der schwarz-gelben Landesregierung verhindert wird.

2.5 Wie soll ein evtl. beabsichtigter Umbau des Schulsystems finanziert werden?

Die SPD setzt sich für das Ziel ein, dass zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildungs- und Forschungsausgaben investiert werden.

3. Schulgesetz

Wird Ihre Partei einzelne Regelungen des Schulgesetzes zurücknehmen und gegebenenfalls welche?

Siehe Antwort auf Frage 1.

4. Lehrerversorgung am Gymnasium

4.1 Wie will Ihre Partei die Lehrerversorgung, insbesondere in den Naturwissenschaften und anderen Mangelfächern sicherstellen?

4.2 Welche Konzepte zur Öffnung der Lehreraufbahn werden von Ihnen präferiert?

Leider hat die schwarz-gelbe Landesregierung den durchaus erfolgreichen Mangelfächerlass in einer Nacht- und Nebelaktion gestrichen. Um dem Fachlehrermangel zu begegnen und um die Attraktivität des Berufs „Lehrer/in“ zu steigern, brauchen wir Rahmenbedingungen, die dafür Sorge tragen, dass NRW für Lehrer und Lehrerinnen mit Mangelfächern und Menschen aus anderen Berufen, die sich für das Lehramt interessieren, attraktiv wird. Unter anderem ist es notwendig, die Verbeamtungsgrenze auf 45 Jahre anzuheben. Die Regelungen für Seiten-

einsteiger sind dem Bedarf entsprechend ohne Qualitätsverlust anzupassen. Zudem sind zusätzliche finanzielle Anreize nötig, um mehr junge Menschen für den Lehrerberuf zu interessieren. Wir benötigen eine sichere Prognose darüber, wie sich der Lehrerberuf quantitativ und qualitativ in den nächsten Jahren entwickelt. Seit 2006 gibt es vom Schulministerium hierzu keine neuen Zahlen mehr. Wir müssen ausreichende Studienkapazitäten vorhalten und gute Studienbedingungen bieten. NRW muss mit Hochdruck an der Umsetzung der KMK-Leitlinie zur Deckung des Lehrkräftebedarfs arbeiten. NRW muss im Rahmen der schulischen Berufswahl- und Studienorientierung zielgenauer für den Lehrerberuf werben.

4.3 Hat Ihre Partei Konzepte, wie der Stundenausfall minimiert werden kann (z. B. eine Stellenreserve)?

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Position „Geld statt Stellen“ von knapp 100 Millionen Euro auf rund 50 Millionen Euro halbiert. Eine Auswertung aller Antworten der Landesregierung auf Kleine Anfragen der SPD Fraktion über die aktuelle Situation an allen Schulen des Landes im Frühjahr 2009 ergab folgendes Ergebnis: An 3.200 Schulen in NRW fehlten über 5.000 Lehrerinnen und Lehrer. 1.000 nicht besetzte Lehrerstellen bedeuten 1 Million Stunden Unterrichtsausfall, umgerechnet wurden demnach zu dem Zeitpunkt 5 Millionen Stunden Unterricht nicht erteilt. Die SPD wird sich weiterhin für eine ehrliche Auswertung der vorhandenen Daten einsetzen. Zugleich gilt es in Zusammenarbeit mit den Schulen darüber nachzudenken, wie noch schneller und effektiver auf drohenden Unterrichtsausfall reagiert werden kann. Wenn aufgrund der bundesweiten Konkurrenzsituation auf dem Lehrstellenmarkt Engpässe auftreten, dann muss der Gegenwert der Lehrerstellen den

Schulen als Kapital zur Verfügung gestellt werden.

4.4. Wie gedenken Sie mit dem demographischen Faktor (weniger Schüler) umzugehen?

4.5 Beabsichtigen Sie, kleinere Klassen einzurichten und damit eine bessere individuelle Förderung sicherzustellen?

Aufgrund der vielfältigen Aufgaben in den Schulen unseres Landes müssen alle Stellen, die sich aus dem Demographiegewinn ergeben, im System Schule erhalten bleiben. Die SPD will einen Stufenplan für kleinere Klassen umsetzen. Mittelfristig wollen wir Klassen- und Schulgrößen von höchstens 25 Schülerinnen und Schülern.

5. Individuelle Förderung der Schüler

5.1 Wie wird Ihre Partei individuelle Fähigkeiten und vorhandene Defizite von Schülern am Gymnasium fördern bzw. beseitigen?

5.2 Welche zusätzlichen Personalressourcen wird ihre Partei für diese Förderung bereitstellen?

Die SPD verfolgt das Ziel individuelle Fähigkeiten und vorhandenen Defizite aller Schülerinnen und Schüler zu fördern bzw. zu beseitigen. Des Weiteren sei auf die Antworten zu Frage 4 verwiesen.

6. Schulzeitverkürzung an Gymnasien

Wird Ihre Partei die Schulzeitverkürzung (G8) beibehalten oder revidieren?

Die – trotz erheblicher Bedenken von Wissenschaftlern und Verbänden – durch die schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-Westfalen vorgenommene gymnasiale Schulzeitverkürzung in der Sekundarstufe I bedeutet einen enormen Leistungs- und Zeitdruck für die jüngsten Schülerinnen

und Schüler. Die SPD will das Turbo-Abitur reformieren. Ziel ist es, den Schülerinnen und Schülern den Weg zum Abitur nach zwölf, aber auch nach 13 Jahren offen zu halten. Ein generelles Abitur nach zwölf Jahren an den nordrhein-westfälischen Gymnasien lehnt die SPD ab. Die Gymnasien sollen in Absprache mit den Eltern und den Schulträgern die Möglichkeit erhalten, selbst zu entscheiden, ob sie das Abitur nach 12 oder nach 13 Jahren anbieten wollen. Die SPD knüpft mit ihren Plänen an die Beschlusslage zum Abitur nach 12 Jahren aus dem Jahr 2004 an.

7. Doppelter Abiturientenjahrgang

7.1 Garantiert Ihre Partei 2013 allen Schulabsolventen mit Hochschulzugangsberechtigung einen Studienplatz, der ihren Begabungen entspricht?

7.2 Welche Vorkehrungen treffen Sie für den Ausbildungsmarkt aller Schulabgänger aller Schulformen?

Glaubt man den Beteuerungen der Landesregierung, sind diese Fragen unberechtigt, da ausreichend Vorkehrungen getroffen wurden, um allen Abiturienten bzw. Schulabgängern im Jahr 2013 den Weg an die Hochschulen oder in die Ausbildung zu sichern. Die Landesregierung hatte bereits zum Jahr 2010 die Schaffung von 26.000 zusätzlichen Studienplätzen versprochen. Aktueller Stand sind zurzeit lediglich 11.000 zusätzliche Studienplätze. Schnellstens ist die Einberufung eines Beirates mit Vertretern aus Politik und Gesellschaft, Hochschulen, Kultusministerkonferenz, Gewerkschaften, Arbeitgebern, Industrie, Handels- und Handwerkskammern, Industrieverbänden und Elternverbänden notwendig, um einen Maßnahmenkatalog für die Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs in 2013 zu erarbeiten.

8. Ganztagschule

Wird Ihre Partei für die Einrichtung weiterer Ganztagsgymnasien finanzielle Mittel im Landeshaushalt bereitstellen?

Ja, sowohl für die Gymnasien als auch für die anderen Schulformen.

9. Gymnasiale Oberstufe

Welche Konzepte zur Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe werden von Ihrer Partei favorisiert?

Die SPD will – siehe Antwort zu Frage 6 – die Bildungsgänge zum Abitur nach 12 und nach 13 Jahren ermöglichen. Entsprechend flexibel wird eine Oberstufe gestaltet.

10. Eigenverantwortliche Schule

Welche Freiräume wird Ihre Partei den Gymnasien eröffnen ...

- ... bei der Lehrereinstellung?
- ... bei der Unterrichtsgestaltung?

Alle Schulen müssen selbst und verantwortlich über ihre Arbeit entscheiden können. Deshalb halten wir am Prinzip der selbstständigen Schule mit weitergehenden Freiheiten bei der Lehrereinstellung und der Unterrichtsgestaltung fest, die in ein System von Beratung und Service eingebettet wird. Nach unserem Konzept der Selbstständigen Schule gehört zur Selbstständigkeit auch die Verfügbarkeit von Mitteln für die Schulen. Dazu wollen wir eine überfällige Neuorientierung über die Frage der inneren und äußeren Schulangelegenheiten voranbringen. Die Verantwortlichkeiten von Staat und Schulträgern wollen wir genauer definieren und die entsprechenden Mittel von Land und Kommune für die Schulen in einem Budget zusammenfassen. Unabdingbar ist zudem, dass das Land die Mittel für die Fortbildung erhöht und den speziellen Bedarfen anpasst. Wenn Stellen nicht besetzt werden können, sollte den Schulen das dafür bereit gestellte Kapital im Sinne

der Selbstständigkeit von Schule zur Verfügung gestellt werden. Im Übrigen: Das Land bleibt verantwortlich für die Vorgabe und Überprüfung von Bildungsstandards. Zum neuen Steuerungsverständnis gehört ein landesweiter Bildungsbericht, der alle Bildungsbereiche umfasst. Dazu gehört auch eine neue Rolle der Kommunen. Die SPD will ihnen einen größeren Gestaltungsspielraum für ihr bildungspolitisches Angebot ermöglichen.

11. Maßnahmen zur Qualitätssicherung

Wie transparent wird Ihre Partei Ergebnisse der Qualitätsüberprüfung machen?

Ein Schulranking auf Grundlage der Ergebnisse der Qualitätsanalyse lehnt die SPD ab. Zur kontinuierlichen Entwicklung und Sicherung der Qualität schulischer Arbeit tragen Standardsetzungen und Standardüberprüfungen in besonderer Weise bei. Sie formulieren fachliche und fachübergreifende Qualifikationen und Kompetenzen, die für die schulische und berufliche Ausbildung notwendig sind. Ihre Anwendung gibt Hinweise für notwendige Förderungs- und Unterstützungsmaßnahmen. Die Einführung von Bildungsstandards und hiermit verbundene Überprüfungsformen wurden deshalb bereits in der Zeit unserer Regierungsverantwortung zielstrebig verfolgt. So hatten und haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, auf diese Weise die Qualität schulischer Arbeit, die Vergleichbarkeit schulischer Abschlüsse sowie die Durchlässigkeit des Schulsystems zu verbessern. Inzwischen gibt es genügend durchgeführte Qualitätsanalysen, um genau festzustellen, wo Unterstützung notwendig ist. Genau hieran mangelt es. Die Unterstützung der Schulen bleibt aus. Ohne Unterstützungssystem für die Schulen können die Ergebnisse der Qualitätsanalyse aber nicht zu positiven Veränderun-

gen in den Schulen führen. Anzumerken bleibt noch, dass die Qualitätsanalyse in NRW dringend einer angemessenen Personalausstattung bedarf. Zum anderen muss eine Evaluation der Qualitätsanalyse erfolgen, um Schwachstellen aufzudecken. Überbordender bürokratischer Aufwand muss zurückgefahren werden. Das Verfahren muss für die Schulen handhabbar gestaltet werden.

12. Schulen in freier Trägerschaft

Wie wird Ihre Partei die finanzielle Unterstützung von Schulen in freier Trägerschaft verbessern?

NRW unterstützt Schulen in freier Trägerschaft seit Jahrzehnten im Vergleich mit anderen Bundesländern besonders gut. Schulen in privater Trägerschaft sind eine wichtige Säule in unserem Bildungssystem.

13. Lehrerbildung

13.1 Wie soll nach den Vorstellungen Ihrer Partei die Lehrerbildung in Zukunft gestaltet werden?

13.2 Wie wollen Sie für das Gymnasium die fachwissenschaftlich fundierte Ausbildung seiner Lehrer sicherstellen?

Die SPD will eine zukunftsorientierte Lehrerbildung. Zu einer zukunftsorientierten Schulstruktur gehört eine moderne Lehrerbildung, die sich nicht an Schulformen, sondern an Lernphasen ausrichtet. Die SPD will, dass alle Lehrkräfte gleich lang und gleich gut ausgebildet werden. Jedem interessierten Absolventen eines lehramtsrelevanten Bachelors ist ein Lehramtsmasterplatz anzubieten. Der Vorbereitungsdienst umfasst mindestens 18 Monate. Alle Lehrkräfte sind im Eingangsamts gleich zu bezahlen. ■